



Landtag Nordrhein-Westfalen

André Kuper, MdL

Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen

Postfach 10 11 43

40002 Düsseldorf

An die Mitglieder des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/4643

A04, A05

Philosophische
Fakultät

Institut für Didaktik
der Demokratie (IDD)

Arbeitsbereich
Prof. Dr. Dirk Lange

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 17/14941) „NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln!“

Hannover, den
02. Dezember 2021

Sehr geehrte Herr Landtagspräsident André Kuper,
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend,

Dr. Steve Kenner
Akademischer Rat

Tel. +49 511 762 5594

vielen Dank für die Gelegenheit zu dem oben genannten Antrag der Landtagsfraktion der SPD Stellung zu nehmen. Mit der vorliegenden Stellungnahme fasse ich zentrale Anmerkungen zusammen, die ich gerne in der Anhörung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 9. Dezember 2021 weiter ausführen werde. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen der Covid-19-Pandemie werde ich mich digital zu der Sitzung zuschalten.

steve.kenner@idd.uni-hannover.de

Mit meinen Anmerkungen konzentriere ich mich vor allem auf die von den Antragssteller*innen formulierten Forderungen. Dennoch möchte ich vorab betonen, dass ich die Initiative für die Entwicklung einer Strategie für eine einmischende Kinder- und Jugendpolitik im Land NRW sehr begrüße.

Mitglied im
DFG-Netzwerk



Der Analyse der beschriebenen Ausgangslage kann ich mich weitgehend anschließen, wobei ich betonen möchte, dass wissenschaftliche Untersuchungen schon lange vor der Pandemie offengelegt haben, dass ein Großteil der Kinder und Jugendlichen sich unzureichend wahrgenommen fühlt und davon überzeugt ist, dass die eigenen Interessen und Bedürfnisse kaum berücksichtigt werden (bezugnehmend auf Drucksache 17/14941, S. 3ff). Die außergewöhnliche Lage der letzten zwei Jahren hat diese Situation noch verschärft. Dennoch: Während das Interesse an der Politik und dem Politischen bei Jugendlichen seit Anfang des Jahrtausends kontinuierlich wächst und daher nicht von einer Politikverdrossenheit gesprochen werden kann, manifestiert sich bei der jungen Generation ein Misstrauen gegenüber politischen Verantwortungsträgern (siehe Trendstudien wie u.a. Shell Jugendstudien). Dem kann nur mit einer emanzipatorischen Kinder- und Jugendstrategie auf Grundlage einer wahrnehmenden, wertschätzenden und ermutigenden Perspektive auf Kinder und Jugendliche entgegengewirkt werden.

Leibniz Universität
Hannover

Postanschrift:

Didaktik der
Demokratie (IDD)
Callinstr. 20
30167 Hannover

Besucheradresse:

Callinstr. 22
30167 Hannover

www.uni-hannover.de



Ausgangspunkt muss daher zunächst eine Bewusstmachung der Praxen von Exklusion sein. Dieser Zustand ist nicht zuletzt auf einen gesellschaftlich verankerten Adultismus zurückzuführen, der weit über den Ausschluss von grundständigen staatsbürgerlichen Privilegien wie dem Wahlrecht (bezugnehmend auf Drucksache 17/14941, S. 6) hinausgeht. Er beschreibt das Machtungleichgewicht zwischen Kindern und Erwachsenen und den damit verbundenen Umgang der Erwachsenen mit den Anliegen von Kindern und Jugendlichen, der mit teils unreflektierten Kategorien vermeintlich fehlender Reife, Mündigkeit, Intelligenz oder Kompetenz verbunden ist. Dies führt immer wieder zu einer Herabsetzung von Kindern und Jugendlichen. Sie ist verbunden mit dem Verständnis des schwachen Kindes, dem nicht zugetraut wird, eine wesentliche Rolle in Gesellschaft und Politik einzunehmen (hierzu u.a. die Arbeiten von Manfred Liebel). Ganz aktuell zeigt sich dieser Adultismus auch in der öffentlichen Wahrnehmung und Beurteilung selbstbestimmter und selbstorganisierter Jugendinitiativen und Bewegungen wie u.a. „Fridays for Future“.

Eine gelingende und emanzipatorische Kinder- und Jugendpolitik muss daher nicht nur die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen wahrnehmen, sondern ihre Positionen als wertvollen Teil des politischen Diskurses begreifen. Damit das Gelingen kann, muss Kinder- und Jugendpolitik vor allem auch die Befähigung zur Artikulation der eigenen Bedürfnisse zum Ziel haben. Eine zentrale Rolle muss dabei eine Stärkung der politischen Bildung in allen Lebensphasen, beginnend in der frühkindlichen Bildung, einnehmen, und es bedarf der Schaffung von realen politischen Handlungsräumen, die der jungen Generation nicht nur ermöglicht angehört zu werden, sondern ihr auch eine tatsächliche Teilhabe am politischen Diskurs ermöglicht. Diese Formate der Partizipation dürfen dabei nicht auf Formate repräsentativer Demokratie beschränkt bleiben. Bei allen durchaus positiven Effekten einer gut ausgestalteten Mitwirkung über Schüler*innen-Vertretung sowie kommunaler und landesweiter Kinder- und Jugendparlamente, muss emanzipatorische Bildungsarbeit und die Schaffung partizipativer Erfahrungsräume mehr bedeuten, als das Übertragen institutionalisierter Politik aus Erwachsenenperspektive auf Kinder und Jugendliche. Die Bedürfnisse, Interessen und Lebenswelt der jungen Menschen müssen berücksichtigt werden, damit Strategien zur Förderung der Partizipation nicht neue Praxen der Exklusion produzieren. So besteht die Gefahr, dass mit Formaten wie „Jugend debattiert“ oder repräsentativen Partizipationsstrukturen wie Kinder- und Jugendparlamenten vor allem jene ohnehin privilegierte Kinder und Jugendliche gefördert werden, die mit einem – nach Bourdieu – hohem sozialen und kulturellen Kapital ausgestattet sind.

Kinder- und Jugendbeteiligung darf darüber hinaus nicht geleitet werden von der Kategorie „Beteiligung bei Kinder und Jugendliche betreffende Fragen“, denn diese Einschätzung erfordert eine Definition dessen, was Kinder und Jugendliche interessiert bzw. sie betrifft. Trendjugendstudien, aber auch die Praxis derzeitiger politischer Jugendinitiativen und Bewegungen zeigen, dass das Feld politischer Themen, für die sich junge Menschen interessieren vielfältiger ist, als von vielen Erwachsenen angenommen wird. Es geht nicht nur um die Frage wie der Spielplatz im Viertel oder der Gemeinde gestaltet wird, ob es einen neuen Jugendklub oder eine Skaterbahn gibt. Kinder und Jugendliche interessieren sich auch für die Fragen einer nachhaltigen Lebensweise, sie interessieren sich für den Klimaschutz und setzen sich gegen Rassismus ein. Kinder und Jugendliche sind *Young Citizens*, denen zwar grundständige Privilegien und Rechte in unserem Staatsbürgerschaftsverständnis verwehrt bleiben, die sich aber dennoch ein Bild von der Welt machen und an der Gestaltung dieser Welt mitwirken wollen. Kinder- und Jugendpolitik darf sich daher nicht auf vermeintliche Kinder- und



Jugendthemen beschränken, sondern muss das allgemeinpolitische Interesse dieser Generation anerkennen.

Zu den formulierten Forderungen (bezugnehmend auf Drucksache 17/14941, S. 9ff):

Zu Punkt 1:

Hier sei darauf verwiesen, dass die Aufzählung am Ende des Absatzes ergänzt werden sollte durch die Gruppe der selbstbestimmt und selbstorganisierten Jugendinitiativen (bspw.: Bewegungen wie „Fridays for Future“, aber auch Gruppen wie „Jugendliche ohne Grenzen“, uvm.)

Zu Punkt 5:

Bei der Einrichtung des Gremiums zur Entwicklung sei darauf verwiesen, dass die Formulierung „politisch neutral“ problematisch ist, weil sich politische Neutralität als Kategorie für die Entwicklung einer Kinder- und Jugendstrategie nicht eignet. Vielmehr sollte das Gremium einen normativen Auftrag haben, der im Antrag an anderer Stelle auch deutlich formuliert wird. Leitend muss sein, Praxen der Exklusion entgegen zu wirken und die Prinzipien der demokratischen Gesellschaft, wie Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Chancengleichheit usw. zu berücksichtigen. Dazu darf sich ein Gremium nicht neutral verhalten. Wenn der Begriff der Neutralität hier berücksichtigt werden sollte, wäre empfehlenswert ihn zu konkretisieren, bspw. wie folgt: „parteilich neutral“. Außerdem wäre es empfehlenswert an dieser Stelle nicht nur eine einmalige Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen über ein Jugendgipfel festzuschreiben, sondern die kontinuierliche Einbindung zu fordern.

Zu Punkt 6:

Die Absenkung des Wahlalters ist meines Erachtens ein wichtiger Schritt, weil er junge Menschen als *Young Citizens* (siehe oben) anerkennt. Die Festsetzung auf das Alter 16, erscheint mir aber willkürlich und ließe sich wohl nur damit begründen, dass ab diesem Alter die notwendige (kognitive) Reife / Mündigkeit zur Wahlentscheidung unterstellt wird. Um Mündigkeit (erst) mit der Vollendung des 16. Lebensjahres zu verknüpfen, fehlt es meines Erachtens an wissenschaftlicher Evidenz. Es werden in Wissenschaft und Politik schon seit vielen Jahren verschiedene Konzepte zur Absenkung des Wahlalters diskutiert (bis hin zum Wahlrecht ab der Geburt). Diesen Diskurs hier nachzuzeichnen, würde den Rahmen der Stellungnahme sprengen. Ich beschränke mich daher darauf einen alternativen Vorschlag zu unterbreiten: Es erscheint mir sinnvoller die Absenkung des Wahlalters an den juristisch (nicht kognitionspsychologisch) festgeschriebenen Übergang vom Kindesalter in das Jugendalter zu binden (§1 JuSchG) und auf 14 Jahre abzusenken. Auch dieser Ansatz kann begründet kritisiert werden, handelt es sich beim JuSchG doch um ein Bundesgesetz zum Schutze von Kindern und Jugendlichen und vor der Ausübung demokratischer Rechte müssen junge Menschen nicht geschützt werden. Dennoch: Mit der Vollendung des 14. Lebensjahres beginnt die Strafmündigkeit und der Rechtsstaat nimmt Jugendlichen ab diesem Alter in die Pflicht, für ihr Handeln auch juristisch Verantwortung zu übernehmen. Spätestens ab diesem Moment sollte auch das Wahlrecht zugestanden werden. Parallel zur Absenkung des Wahlalters muss zwingend die formale und non-formale politische Bildung und Demokratiebildung - vom Kindesalter an - ausgebaut werden.

Schlussbemerkung: Politische Bildung und Demokratiebildung müssen elementarer Teil einer Kinder- und Jugendstrategie sein

Ich würde hiermit gerne die Gelegenheit nutzen darauf hinzuweisen, dass meines Erachtens ein zentraler Aspekt in der Auflistung der Forderung unzureichend berücksichtigt wird: die Stärkung der politischen Bildung als Begleitung junger Menschen zu *Young Citizens*.

Dafür bedarf es:

1. einer Stärkung der politischen Bildung und der Demokratiebildung auf allen Ebenen. Anlehnend an Oskar Negt ist diese Forderung dringend notwendig, weil Demokratie die einzige Regierungs- und Herrschaftsform ist, die gelernt werden muss und nicht verordnet werden kann. Demokratie lebt vom Vertrauen in die Institutionen und in sich selbst als mündiges Subjekt, das das gesellschaftliche und politische Leben mitgestalten kann. Dafür bedarf es politischer Bildung von der frühkindlichen Bildung bis ins hohe Alter. Damit Schüler*innen zu politisch mündigen Bürger*innen heranwachsen können, müssen demokratische Prozesse sowie Macht- und Herrschaftsverhältnisse erlernt, diskutiert, reflektiert und hinterfragt werden. Die Entwicklung einer Strategie zur Kinder- und Jugendpolitik muss daher meines Erachtens auch einhergehen mit einer Strategie zur Stärkung der formalen und non-formalen politischen Bildung. Es bedarf eines Ausbaus der grundständigen Finanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, der außerschulischen Jugendbildungseinrichtungen und Jugendinitiativen sowie eines Ausbaus der Forschung zu formaler und non-formaler politischer Bildung, bspw. durch die Schaffung von Professuren für politische Bildung als Querschnittsaufgabe, für außerschulische politische Bildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, usw.
2. einer Stärkung des sozialwissenschaftlichen Unterrichts und der demokratischen Schulkultur. Wie die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) NRW (2021) in ihrer Stellungnahme (Vorlage 17/5010) zur Drucksache 17/13366 anlässlich der Änderungen in der Lehramtszugangsverordnung herausgestellt hat, ist eine stärkere Fokussierung auf die Wirtschaft ein „[d]emokratisch falsches Signal an die Zivilgesellschaft“ und forciert eine „Marginalisierung politisch-gesellschaftlicher Bildung“. Ich schließe mich der Position an und möchte die Gelegenheit nutzen in meiner Stellungnahme zu einer geplanten Kinder- und Jugendstrategie darauf hinzuweisen, dass die Marginalisierung sozialwissenschaftlicher Bildung mit einer emanzipatorischen Kinder- und Jugendpolitik unvereinbar erscheint. Es ist zu empfehlen, sozialwissenschaftliche Bildung bereits ab der ersten Klasse auf der Stundentafel der Schüler*innen fest zu verankern und kontinuierlich auszubauen. Es braucht hier einen interdisziplinären Ansatz verschiedener Bezugsdisziplinen der politischen Bildung wie u.a. der Politikwissenschaft, der Soziologie und der sozio-ökonomischen Bildung.

Außerdem braucht es eine Stärkung der demokratischen Schulkultur. Die Schule ist ein wichtiger Sozialisationsort für junge Menschen und wird zugleich von den Kindern und Jugendlichen nicht selten als Lehranstalt wahrgenommen.



Die Kultusministerkonferenz (2018) hat in ihrer Erklärung zur „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ darauf hingewiesen, dass Heranwachsende in allen Lebensbereichen selbstbestimmt partizipieren können und dürfen:

Junge Menschen können unabhängig vom Alter ihre eigenen Ideen formulieren und sich für unsere Demokratie engagieren. Partizipation, Selbstverantwortung, Selbstvertrauen, Selbstwirksamkeit und Teilhabe müssen früh und in möglichst allen Lebenszusammenhängen erlernt und erfahren werden – auch und gerade in Familie und Schule (KMK 2018: 5).

Um das zu gewährleisten braucht es neben politischer Bildung und Demokratiebildung vor allem mehr Freiräume für politische Partizipation. Die Schüler*innen-Vertretung kann einer dieser Räume sein, wenn Schüler*innen hier tatsächlich die Möglichkeit bekommen sich zu schulischen, aber auch zu allgemeinpolitischen Fragen zu positionieren. Um sich im Rahmen dieses Gremiums „wirkungsvoll einzumischen, d.h. mitzuentcheiden“ (Drucksache 17/14941, S. 2), darf hier nicht der Eindruck einer Scheinpartizipation geweckt werden und tatsächliche Einflussnahme muss möglich sein. Junge Menschen müssen als *Young Citizens* verstanden und nicht nur über die ihnen zugeschriebene Rolle als Schüler*innen definiert werden. Dies kann beispielsweise gelingen, wenn politische Partizipationsrechte der Jugendlichen in der Schule nicht mit unnötigen Barrieren belegt werden (siehe beispielsweise Grundsatzkompetenz der Schulkonferenz über die Betätigung von Schülergruppen – §45 im SchulG NRW).

Eines der obersten Ziele schulischer Bildung überhaupt ist es, junge Menschen zu befähigen, sich in der demokratischen Gesellschaft zu orientieren und politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche Fragen und Probleme kompetent zu beurteilen, politische Handlungsfähigkeit zu entwickeln und in letzter Konsequenz auch politisch handelnd die Gesellschaft zu beeinflussen. Dabei sollten sie ermutigt werden, für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Gerechtigkeit und Frieden einzutreten.

Abschließend möchte ich betonen, dass es neben der Ausweitung der Rechte von Kindern und Jugendlichen und der Schaffung von Freiräumen zur Partizipation parallel dazu einer Etablierung von Empowermentarbeit bedarf. Kinder und Jugendliche müssen immer wieder und umfangreich über Rechte informiert werden und befähigt werden davon Gebrauch zu machen.

Die Initiative der SPD-Fraktion zur Entwicklung einer Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik begrüße ich ausdrücklich und hoffe, dass meine Anmerkungen hilfreich für den weiteren Entwicklungsprozess sind.

Mit besten Grüßen

Dr. Steve Kenner

Hannover, den 02. Dezember 2021